



Sie tickt, die Schuldenuhr für das Land Schleswig-Holstein. Natürlich ist dies – teilweise – auf das gefährliche Virus zurückzuführen, das als Pandemie auftritt. Aber richtig ist auch: Die Politik „sattelt drauf“ mit anderen Ausgaben, die zuvor wegen der Kosten verworfen worden waren. Nachfolgende Generationen werden mit den Folgekosten belastet ohne Rücksicht auf ihre Leistungsfähigkeit. Es gibt also viel zu tun für den Steuerzahlerbund.

## 17 Euro je Sekunde

Schuldenuhr zeigt die Dramatik der Entwicklung

**Im Eingangsbereich des Schleswig-Holsteinischen Landtages, über dem Aufenthaltsraum für das Sicherheitspersonal, hängt seit vielen Jahren die Schuldenuhr des Bundes der Steuerzahler als unbestechlicher Mahner für eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik. Nach den jüngsten Beschlüssen zum Landeshaushalt 2021 mussten wir die Zahlen wieder hochdrehen!**

Aktuell steht das Land Schleswig-Holstein mit über 30 Milliarden Euro in der Kreide. Und die Schulden steigen weiter, um 17 Euro in jeder Sekunde. Vor einem Jahr sahen die Zahlen noch besser aus: Allein 2020 ist der Schuldenstand um 6,7 Milliarden Euro angestiegen, das sind rund 2.300 Euro pro Kopf, vom Neugeborenen bis zum Senior. Und vor zwölf Monaten lief die Schuldenuhr sogar rückwärts, mit immerhin 0,85 Euro pro Sekunde wurden Altschulden getilgt.

Erklärt wird der Schuldenanstieg von der Landesregierung mit den notwendigen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung. Doch längst nicht alles, was so begründet wird, dient tatsächlich dem Infektionsschutz. Ein großer Teil der neu aufgenommenen Kredite soll erst in den Folgejahren in Maßnahmen fließen, die schon vor dem Auftreten des Corona-Virus beschlossen worden waren.

Auch wenn es sicherlich notwendig war, für die Pandemiebekämpfung kurzfristig

zusätzliche Mittel bereitzustellen, darf niemals in Vergessenheit geraten, dass auch diese Kredite irgendwann einmal zurückgezahlt werden müssen. Denn diejenigen, die dem Land Schleswig-Holstein Geld leihen, tun dieses nicht selbstlos, sondern wollen ihr Vermögen zurückbekommen. Und auch die Altverpflichtungen sind durch die Corona-Krise nicht aufgehoben: So müssen noch bis 2025 jedes Jahr weitere 375 Millionen Euro an Krediten aufgenommen werden, um die Verpflichtungen aus der Abwicklung der HSH-Nordbank erfüllen zu können.

Derzeit spielt ein historisch niedriges Zinsniveau der Finanzministerin in die Hände. Sie kann Kredite aufnehmen, ohne dafür Zinsen zahlen zu müssen. Doch wenn das Zinsniveau irgendwann wieder einmal steigt, macht der hohe Schuldenstand jeglichen Gestaltungsspielraum für zukünftige Generationen zunichte.

Dieses Problem macht nicht vor Ländergrenzen Halt, weil die jeweiligen Regierungsfractionen – ganz unabhängig von Parteien – den Weg der zusätzlichen Schulden gehen. Es gibt also auch über Landesgrenzen hinweg viel zu tun für den Bund der Steuerzahler, der den Finger in die Wunde legt und versucht, die Folgekosten der Pandemie sauber zu trennen von unverantwortlichem Handeln der jeweiligen Mehrheiten.

**Rainer Kersten**  
rainer.kersten@steuerzahler.de

## Sie lesen in diesem Nord-Kurier



**Hamburg:** Hamburgs Finanzsenator Dr. Andreas Dressel (Bild) stellte sich den Fragen des Steuerzahlerbundes und unserer Leser – in Zeiten der Pandemie per Zoom. Dabei ging es ganz konkret auch um die Sorgen vieler Geschäftsleute und die zuweilen überbordende Bürokratie. Klar ist: Wir wollen das Format beibehalten und natürlich weiterentwickeln. **Seite 4**



**Mecklenburg-Vorpommern:** Landtags- und Bundestagswahl stehen an, Grund genug für den Bund der Steuerzahler, auf den sparsamen Umgang mit den Steuergeldern zu drängen. Diana Behr, Geschäftsführerin des Steuerzahlerbundes Mecklenburg-Vorpommern, hat eine ganze Reihe konkreter Forderungen, die sich vor allem an die Landesregierung in Schwerin richten. **Seite 6**

# Zweitwohnung – Belastung steigt

*Die Steuererhöhung führt bei vielen Eigentümern zu Frust und großen Sorgen*

**Großer Ärger bei vielen Besitzern von selbstgenutzten Zweitwohnungen in Schleswig-Holstein: Die aktuellen Bescheide über die Zweitwohnungsteuer führen zu teilweise erheblichen Mehrbelastungen. Wir erläutern die Hintergründe.**

Beim Bund der Steuerzahler gehen zahlreiche Anfragen zur Erhöhung der Zweitwohnungsteuer ein. So berichtet ein Mitglied von seiner Ferienwohnung in Laboe, dass er jetzt mehr als das Doppelte der bisherigen Steuer bezahlen muss. Für gerade einmal 40 Quadratmeter werden fast 2.000 Euro Zweitwohnungsteuer im Jahr fällig.

Zahlreiche Eigentümer besitzen ihre selbst genutzte Zweitwohnung schon seit vielen Jahren. Heute sind sie oft im Rentenalter und fragen sich, ob sie die Belastung noch tragen können. Denn neben der Steuer sind auch noch die Fremdenverkehrsabgabe, Nebenkosten, die Kosten für die Hausverwaltung und Umlagen für die Eigentümergemeinschaft aufzubringen. Bei nur gelegentlicher Nutzung werden die Aufenthalte richtig teuer.

Auslöser für die teilweise massiven Steuererhöhungen ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, wonach die Einheitswerte nicht mehr für die Bemessung der Grundsteuer herangezogen werden dürfen – was sich auch auf die Zweitwohnung auswirkt. Denn bislang haben die meisten Gemeinden in Schleswig-Holstein als Bemessungsgrundlage die sogenannte Jahresrohmiete aus dem Bewertungsgesetz herangezogen. Diese wurde vom Finanzamt auf den Hauptfeststellungszeitpunkt 1. Januar 1964 festgelegt und dann auf das Erhebungsjahr hochgerechnet. Die Heranziehung der Bodenpreise von 1964 ist jedoch nach Ansicht der Verfassungsrichter wegen der unterschiedlichen Wertentwicklung verschiedener Grundstücke nicht mehr mit dem Gleichheitsgrundsatz vereinbar.

Viele Gemeinden in Schleswig-Holstein stützen ihre neuen Bemessungsgrundlagen jetzt auf die Bodenrichtwerte. Diese werden regelmäßig von den Gutachterausschüssen aus den durchschnittlichen Verkaufspreisen von Immobilien in einem festgelegten Beobachtungsgebiet ermittelt. Da die Immobilienpreise in den letzten Jahren teilweise erheblich gestiegen sind und attraktive Lagen in den Tourismushochburgen nach wie vor sehr begehrt sind, liegen die Bodenrichtwerte für viele Standorte von selbstgenutzten Ferienwohnungen sehr

Klar ist auch: Viele Fremdenverkehrsgemeinden mit einer hohen Zahl an Zweitwohnsitzen sind auf diese Einnahmen angewiesen. Denn sie müssen ihre Infrastruktur, angefangen von den Straßen, die Ver- und Entsorgungseinrichtungen bis hin zur Feuerwehr, immer an der maximalen Bevölkerungszahl inklusive Zweitwohnungsbewohner ausrichten. Und diese zahlen den größten Teil ihrer Steuerlast an ihrem Hauptwohntort.

Hinter vorgehaltener Hand wird in den Tourismusgemeinden aber auch eingeräumt, dass man gar kein so großes Interesse an vielen selbstgenutzten Zweitwohnungen hat. Durch vermietete Ferienwohnungen und Hotels werden mehr Arbeitsplätze geschaffen und Umsätze generiert. Außerdem sind die selbstgenutzten Wohnungen häufig nur an wenigen Wochenenden und Ferientagen belegt.

Städtebaulich entsprechen die großen Häuserblocks an der Küste, die zumeist in den 1960er und 70er Jahren errichtet wurden, nicht mehr den heutigen Vorstellungen von einer attraktiven Ge-

staltung. Durch die komplizierten Eigentümergemeinschaften mit zahlreichen Einzelbesitzern, die nicht mehr viel Geld in ihre Wohnung stecken wollen oder können, gibt es auch keine Weiterentwicklung.

Hinzu kommt, dass die Wohnungsbesitzer in der Gemeindevertretung keine Lobby haben. Bei den Kommunalwahlen dürfen nur Bürger mit Erstwohnsitz abstimmen.

Der Bund der Steuerzahler meint: Die Zweitwohnungsteuer muss sein. Aber bei Anhebungen sollten sich die Gemeinden zurückhalten. Nicht alle Inhaber sind finanziell leistungsfähig!

**Rainer Kersten**  
rainer.kersten@steuerzahler.de



Ausruhen – für viele Zweitwohnungsbesitzer wird das teurer  
Foto © BilderBox.com

hoch. Diese Entwicklung gibt uns einen Vorgeschmack, auf was wir uns bei der Reform der Grundsteuer einstellen können.

Steuersystematisch gehört die Zweitwohnungsteuer zu den kommunalen Aufwandssteuern, wie zum Beispiel auch die Hundesteuer. Theoretisch wird dabei nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip davon ausgegangen, dass derjenige, der sich den besonderen Aufwand einer privat genutzten Zweitwohnung leisten kann, offenbar finanziell leistungsfähiger ist und somit stärker zur Besteuerung herangezogen werden kann. In der Praxis lassen sich viele Beispiele finden, in denen die selbst genutzte Zweitwohnung eben gerade kein Maßstab für die finanzielle Leistungsfähigkeit darstellt.





# Ausgespielt

## Schleswig-Holsteins Sonderrolle endet

**Aktuell befindet sich ein neuer Glücksspiel-Staatsvertrag in der Parlamentsberatung aller Länder. Mit ihm sollen künftig Online-Casinos bundesweit genehmigt werden. Schleswig-Holsteins Sonderweg beim Glücksspielrecht nimmt damit ein Ende.**

Wer spätabends noch Privatfernsehen guckt, sieht insbesondere auf Sportsendern Werbespots für Online-Casinos, Pokerspiele und andere Gewinnmöglichkeiten im Internet. Nur schwer lesbar und kaum verständlich schnell gesprochen findet sich dann immer der Zusatz: „Das Angebot gilt nur für Personen mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthaltsort in Schleswig-Holstein“. Ist Schleswig-Holstein also das El Dorado für Zocker im Internet? Ganz so ist es nicht, aber diese Angebote sind bundesweit verboten – nur eben in Schleswig-Holstein nicht!

Hintergrund ist ein langjähriger Streit über den richtigen Weg im Glücksspielrecht, das nach dem Grundgesetz Ländersache ist. In einem Staatsvertrag hatten ursprünglich alle Bundesländer festgelegt, dass es ein Ländermonopol für Lottospiele und Sportwetten geben soll. Hauptprofiteure davon sind die staatlichen Lotto- und Toto-Gesellschaften. Über die Zweckerträge, die an die Landeshaushalte abzuführen sind, werden gemeinnützige Einrichtungen und Umweltprojekte gefördert.

Doch seit vielen Jahren drängen auch Online-Anbieter auf den Glücksspiel- und Wettenmarkt. Das Internet kennt keine Ländergrenzen und so lässt es sich nicht verhindern, dass auch Deutsche Angebote annehmen. Faktisch blieb es nur bei dem Verbot, für das Online-Zocken zu werben. Doch selbst das wurde ausgehebelt: Die großen Sportverbände haben beispielsweise die Bandenwerbung bei internationalen

Fußball- und Handball-Veranstaltungen über ihre europäischen Dachorganisationen vermarktet und so gab es in deutschen Hallen und Stadien Werbung für Sportwetten, die in Deutschland eigentlich verboten waren. Hinzu kommen europarechtliche Probleme, weil die meisten Wett- und Casino-Anbieter über Lizenzen aus anderen EU-Staaten verfügen.

Die Mehrheit im Schleswig-Holsteinischen Landtag war 2011 der Auffassung, die Wett- und Spielangebote im Internet auch in Deutschland zu lizenzieren, um darüber eine staatliche Aufsicht und Erträge aus der Glücksspielabgabe für die Landeshaushalte zu gewinnen. Somit könne zumindest ein Grundschutz für Spielsüchtige und gegen betrügerische Angebote sichergestellt werden. Der Rest der Bundesländer sah dieses jedoch anders und hielt am staatlichen Glücksspielmonopol fest. Offiziell wurde dieses mit der Sorge vor Spielsucht begründet. Hinter vorgehaltener Hand ging es aber auch darum, die profitablen staatlichen Lotteriegesellschaften vor unliebsamer Konkurrenz zu schützen.

In den letzten zehn Jahren ist nun deutlich Bewegung in die Diskussion gekommen. Die Marktanteile der staatlichen Lotterien- und Wettgesellschaften gehen immer weiter zurück. Experten schätzen, dass es rund 750 Casino-Angebote im Internet gibt, die rund 2 Milliarden Euro im Jahr einspielen dürften. Schleswig-Holstein hat elf Unternehmen das virtuelle Automatenpiel oder Online-Poker genehmigt. Dafür werden Abgaben von rund 50 Millionen Euro für den Landeshaushalt kassiert. Im Auftrag der übrigen Bundesländer hat das Land Hessen im Rahmen einer Experimentierklausel 20 bundesweit geltende Konzessionen für Anbieter von Sportwetten im Internet erteilt. Inzwischen gibt es Einvernehmen zwischen den Ländern, dass durch Verbote

das Glücksspiel und das Wetten im Internet nicht aufgehoben werden können. Darum war die Zeit jetzt reif für einen neuen bundesweit einheitlichen Staatsvertrag, dem auch das Land Schleswig-Holstein beitreten wird.

Bei Fortgeltung des staatlichen Lotteriemonopols sollen künftig virtuelles Automatenpiel, Online-Casinos und Online-poker im Internet bundesweit zugelassen werden. Auch Lizenzen für Sportwetten werden unbeschränkt erteilt. Gleichzeitig werden aber auch die Maßnahmen zum Schutz vor Suchtgefahren, zum Kinder- und Jugendschutz sowie zum Verbraucherschutz noch einmal erhöht. Dieses soll durch Limitregelungen, die Verhinderung von Parallelspielen und selbst ausgelöste Spielersperren erreicht werden. Eine gemeinsame bundesweite Anstalt soll das Glücksspiel beaufsichtigen und reglementieren.

Gegen die Marktmacht des globalen Internets sind deutsche Politiker machtlos. Der Sonderweg von Schleswig-Holstein hat aber unter Beweis gestellt, dass eine Lizenzierung mit dem Recht, Werbung zu betreiben, von den großen und bedeutenden Anbietern gerne angenommen wird. Damit wird zumindest ein Großteil der Zockerei im Internet unter die Aufsicht des Staates gestellt. Nebenbei können nicht unerhebliche Beiträge für die Staatsfinanzen eingenommen werden und betrügerische Machenschaften identifiziert werden.

Der Bund der Steuerzahler hatte den Sonderweg Schleswig-Holsteins immer begrüßt. Noch besser ist die Erkenntnis, die positiven Erfahrungen auf das ganze Bundesgebiet zu übertragen.

**Rainer Kersten**  
[rainer.kersten@steuerzahler.de](mailto:rainer.kersten@steuerzahler.de)

# Talkpremiere macht Lust auf mehr

## Hamburgs Finanzsenator Dressel stellt sich auch den Fragen unserer Mitglieder

**Diese Premiere hat richtig Lust auf mehr gemacht: Hamburgs Finanzsenator Dr. Andreas Dressel (SPD) nahm sich via Zoom-Konferenz Zeit, die Fragen der BdSt-Vorstandsmitglieder Petra Ackmann und Lorenz Palte vom Hamburger Steuerzahlerbund rund um das Thema Corona-Hilfen zu beantworten.**

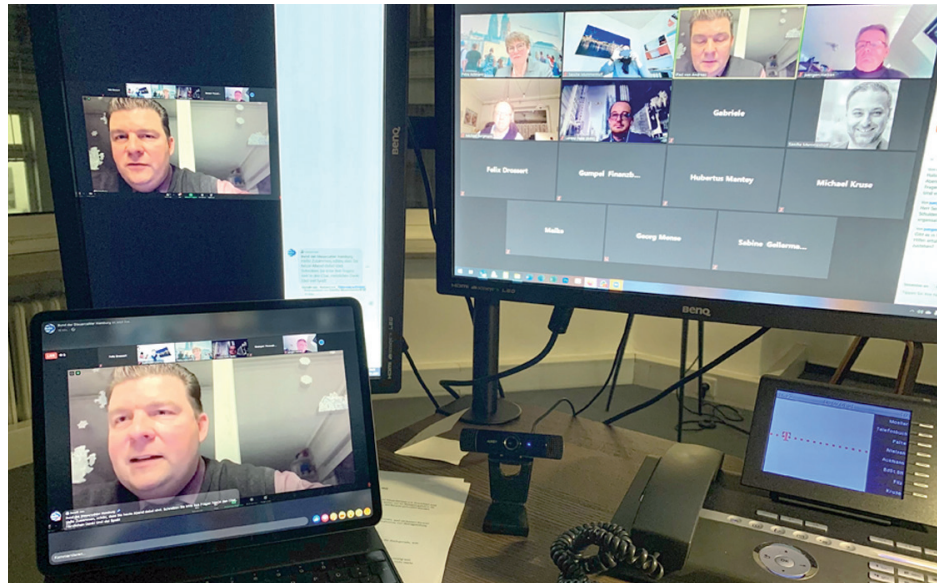
Natürlich hatten auch unsere Mitglieder die Möglichkeit, ihre persönliche Situation zu schildern. Fast überflüssig zu sagen, dass es in der aktuellen Pandemielage viele Menschen gibt, die mit Problemen kämpfen. Vor allem Selbstständige und Unternehmer leiden schließlich unter den Maßnahmen, die helfen sollen, das Virus zu bremsen und hoffentlich zu kontrollieren. Das neue Format des Gesprächs mit einem verantwortlichen Politiker kam so gut an, dass es schon bald eine Fortsetzung geben soll. Themen gibt es genug – beispielsweise hat sich Senator Dressel bereit erklärt, Fragen zum Thema Grundsteuer zu beantworten.

An dieser Stelle veröffentlichen wir eine Auswahl der Fragen und Antworten.

**BdSt: Was sollen (Kleinst-)Unternehmer machen, die bislang keinen Steuerberater benötigten und nun gezwungen sind, sich einen zu suchen, um Corona-Hilfen zu beantragen? Erste Anfragen haben bisher nur zu Absagen geführt, da keine Kapazitäten vorhanden sind! Gibt es ein Verzeichnis, wo Berater gefunden werden können, die sich dieser Aufgabe annehmen?**

Finanzsenator Dr. Andreas Dressel: Die Steuerberaterkammer, die Wirtschaftsprüfer, die Rechtsanwaltskammer sowie die Handelskammer haben einen Schlussschluss für die Wirtschaft beschlossen: Da muss es klappen, dass Berater zur Verfügung stehen, um die Anträge zu stellen. Konkrete Fälle können gern an mich gemailt werden. Ich werde dann bei der Steuerberaterkammer noch einmal nachhaken, das muss natürlich funktionieren.

**BdSt: Wieso werden beziehungsweise wurden die Finanzämter nicht von Anfang an einbezogen? Dort lagen alle relevanten Unterlagen von Unternehmen und Selbstständigen schon vor.**



Hamburgs Finanzsenator Dr. Andreas Dressel (SPD) stand den Hamburger BdSt-Mitgliedern via Zoom Rede und Antwort  
Foto: © BdSt Hamburg / Sascha Mummenhoff

Das hätten wir uns vorstellen können, die Finanzämter waren aber schon durch die Gewährung der Stundungen und Herabsetzungsanträge stark eingebunden in die Hilfe. Inwieweit die Finanzämter dies noch zusätzlich hätten bewältigen können, ist fraglich.

**Frage eines Mitglieds: Ich betreibe ein Blumengeschäft. Mit dem Lockdown zum 16. Dezember war nicht nur die Vernichtung von einer großen Warenmenge verbunden, sondern auch eine Gewinnerzielung in dem Monat nicht mehr möglich. Welche Wirtschaftshilfe kommt für mich in Frage?**

Aus der Pressekonferenz des Bundesfinanzministeriums habe ich mitgenommen, dass eine vereinfachte Abschreibung der Waren gewährt werden soll, die dann durch die steuerliche Entlastung zu verbesserter Liquidität führt. Ich biete gern an, bei diesem Thema mit dem BdSt Hamburg am Ball zu bleiben. Darüber hinaus kommt die Überbrückungshilfe III in Frage.

**Frage eines Mitglieds: Mein Antrag auf November-Hilfe wurde am 18. Dezember 2020 genehmigt und das Geld sollte überwiesen werden. Leider gab es bis heute keinen Eingang. An wen kann ich mich wenden, zwecks Klärung, wo das Geld bleibt? Warum geht ein Schreiben raus mit einer Zahlungsankündigung aber das Geld kommt nicht?**

Das ist merkwürdig und soll so eigentlich nicht passieren. (Nach dem Hinweis wurde der Sachverhalt direkt mit der Hamburgischen Investitions- und Förderbank (IFB) geklärt. Für alle Anträge vom 18. Dezember gab es seitens des Bundes ein technisches Problem. Die Auszahlung erfolgte mittlerweile.)

**BdSt: In welcher Höhe hat Hamburg bereits nichtrückzahlbare Hilfen geleistet und wie ist diese Finanzierung geplant?**

Über unsere Förderbank sind bereits per Ende 2020 etwa 690 Millionen Euro an nichtrückzahlbaren Zuschüssen ausbezahlt worden. Darin stecken etwa rund 206 Millionen Euro, mit denen Hamburg das Soforthilfeprogramm des Bundes aus eigenen Mitteln aufgestockt hatte. Wir verbinden finanz-politische Krisenbewältigung mit Zukunftsgestaltung. Außer massiven Investitionen, um aus der Corona-Krise wieder herauszukommen, bleiben wir auf unserem Pfad der soliden Haushaltspolitik und verpflichten uns weiter zum Ziel des doppelten Budgetausgleichs 2024.

Aktuelle Informationen vom Bund der Steuerzahler in Hamburg finden sich unter [www.steuerzahler.de/hamburg](http://www.steuerzahler.de/hamburg) sowie auf Facebook und Instagram unter dem #steuerzahlerhh.



Der BdSt Hamburg möchte wissen, welche Sorgen die Mitglieder beschäftigen.

Fotonachweis: Hank Williams / Pixabay



# Wir setzen uns ein!

## Corona: Wir bieten eine Plattform

Die Corona-Krise stellt viele Selbstständige und Unternehmer vor dramatische Herausforderungen. Auf Solidarität, Zusammenhalt und gegenseitige Unterstützung kommt es jetzt besonders an.

Wir als Bund der Steuerzahler Hamburg wollen unseren Mitgliedern im Rahmen unserer Möglichkeiten den Rücken stärken. Wir wollen Ihnen eine Plattform bieten. Sagen Sie uns, wie es um Ihr Unternehmen beziehungsweise Geschäft bestellt ist. Wo wünschen Sie sich mehr Unterstützung?

Ihre Antworten auf unseren Fragebogen möchten wir unter anderem auf unserer Facebook-Seite veröffentlichen (Ihr Einverständnis vorausgesetzt). Unabhängig von der Veröffentlichung werden wir Ihre Briefe sammeln und Sie an die Finanzbehörde weiterleiten. Gemeinsam wollen wir mehr erreichen. Ein Gedanke: Viele Unternehmer finden kreative Lösungen, um in der Krise bestehen zu können. Teilen Sie uns gern mit, wie Sie trotz Corona Licht am Ende des Tunnels sehen.

**Sascha Mummenhoff** / [Mummenhoff@steuerzahler-hamburg.de](mailto:Mummenhoff@steuerzahler-hamburg.de)

## Schwarzbuch-Fälle werden sogar in Taiwan diskutiert

Das Schwarzbuch des Steuerzahlerbundes ist eine echte Erfolgsgeschichte. In Hamburg war die Nachfrage besonders groß. Innerhalb von nur sechs Wochen wurden mehr als 1.200 Exemplare verschickt. Das sind fast doppelt so viele Exemplare wie vor zwei Jahren. Dank Jürgen Seemann erfährt man auch im fernen Taiwan, wie in Hamburg Geld aus dem Fenster geworfen wird.



Jürgen Seemann (r.) überreichte ein Schwarzbuch an Generaldirektor Mei-Shun Lo

Foto: © BdSt / Jürgen Seemann

„Als langjähriges Mitglied im Bund der Steuerzahler verfolge ich aufmerksam die Arbeit des Vereines“, sagt Seemann. „Das bezieht sich besonders auf das Schwarzbuch.“ Mittlerweile sei es für ihn Tradition, jedes Jahr ein Exemplar an das Hamburger Büro der Taipeh-Vertretung zu übergeben. Seemann hat eine besondere Beziehung zu Taiwan. Er war viele Jahre Schatzmeister des Taiwan-Freundeskreises „Bambusrunde“. Die Taipeh-Vertretung agiert wie ein Generalkonsulat, heißt aber nicht so, weil die Volksrepublik China auf ein Alleinvertragsrecht beharrt.

„Toll, dass es so eine Veröffentlichung gibt“, sagt Generaldirektor Mei-Shun Lo. „In Taiwan gibt es einen ganz ähnlichen Verein wie den Steuerzahlerbund. Ich werde das Schwarzbuch aus Deutschland an Professor Chen, Präsidenten des Vereins Fight Fair for Tax in Taiwan weiterleiten. Ich bin sicher, er wird sich bestimmt darüber freuen.“ Zuvor wird das Schwarzbuch übersetzt. Lorenz Palte, Vorsitzender des BdSt in Hamburg, freut sich, dass das Schwarzbuch auch im fernen Ausland mit Interesse gelesen wird. „Das zeigt, dass das Thema Steuergeldverschwendung überall auf der Welt von Interesse ist.“

**Sascha Mummenhoff**  
[Mummenhoff@steuerzahler-hamburg.de](mailto:Mummenhoff@steuerzahler-hamburg.de)

**Bitte beantworten Sie unseren kleinen Fragebogen. Dann per E-Mail an: [mummenhoff@steuerzahler-hamburg.de](mailto:mummenhoff@steuerzahler-hamburg.de) schicken – gern mit einem Bild von Ihnen. Gern können wir auch telefonieren. Rufen Sie uns unter 040-33 06 63 an oder sagen Sie uns, wie wir Sie erreichen können. Herzlichen Dank für Ihre Mühe.**

### Der Fragebogen:

Ich heiße \_\_\_\_\_

und bin Inhaber beziehungsweise Geschäftsführer von: \_\_\_\_\_

Ich beschäftige \_\_\_\_\_ Mitarbeiter.

Das machen wir: \_\_\_\_\_

Die Corona-Krise hat dazu geführt, dass: \_\_\_\_\_

Meine größte Sorge ist: \_\_\_\_\_

Ja, Corona ist schlimm. Aber wir haben folgenden Weg gefunden, um mit der Krise umzugehen: \_\_\_\_\_

Ich wünsche mir von der Stadt Hamburg beziehungsweise von der Bundesregierung: \_\_\_\_\_

Ich bin mit der Veröffentlichung auf Facebook/Homepage einverstanden:

**D**er Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern e.V. blickt auf das Superwahljahr 2021. „In den kommenden Monaten stehen uns noch große Herausforderungen für die Wirtschaft und das Privatleben bevor. Im Zusammenhang mit den Landtags- und Bundestagswahlen befürchten wir, dass im Rahmen der Finanzplanung neben der notwendigen Krisenbewältigung auch der Wahlkampf eine Rolle spielt. Wir werden das Ausgabeverhalten der Landesregierung genau beobachten. Die Schuldenbremse steht“, sagt Landesgeschäftsführerin Diana Behr.

Wir werden unser Augenmerk auf den „Einsatz der geplanten Finanzhilfen, das Sondervermögen sowie die Kreditaufnahmen richten: Hier ist uns vor allem Transparenz wichtig. Wir fordern das Land auf, die mittelfristige Finanzplanung jetzt zu aktualisieren und dauerhaft auf eine jährliche Darstellungsweise zu wechseln“, sagt Diana Behr und erklärt: „Schon vor der Pandemie überstiegen die Ausgaben die Einnahmen und das Land musste auf die Rücklagen zurückgreifen. Bereits zu diesem Zeitpunkt gab es Konsolidierungsbedarfe, die in der mittelfristigen Finanzplanung benannt wurden. So zitiert das Land darin den Landesrechnungshof, dass auch unter dem Eindruck einer günstigen Einnahmesituation neue Aufgaben und daraus resultierende Ausgaben streng priorisiert werden müssen. Mit der Corona-Pandemie sprechen wir nun von umgekehrten Vorzeichen. Die Steuereinnahmen sinken deutlich. Die vollen Auswirkungen werden wir frühestens in diesem Jahr spüren. Gleichzeitig entstehen neue, durchaus notwendige zusätzliche Ausgaben und die



aufgenommenen Rekordschulden müssen getilgt werden. Wenn das Land jetzt nicht die sprichwörtlichen Karten auf den Tisch legt, wird es spätestens nach der Wahl ein böses Erwachen geben!“

Das Land muss seine Sparpotenziale ausschöpfen. Da ein Großteil der Ausgaben durch Gesetze oder anderweitig gebunden ist, brauchen Sparbemühungen einerseits eine lange Vorlaufzeit und andererseits ein entsprechendes Durchhaltevermögen: „Alle Ausgaben müssen sofort auf den Prüfstand. Die neue Landesregierung wird keinen gut bestellten Haushalt übernehmen. Auch ohne Pandemie wäre ein ‚Weiter so!‘ nicht angezeigt.“ Der Bund der Steuerzahler kritisiert in Bezug auf die Neuverschuldung des Landes in Höhe von insgesamt 2,85 Milliarden Euro: „Die kreditfinanzierten Maßnahmen im M-V-Schutzfonds haben nicht alle einen direkten Pandemiebezug. Die Wirksamkeit und Notwendigkeit von Hilfen müssen stets vorher hinterfragt und begleitend evaluiert werden.“ Gleichwohl sehen auch wir, dass Wirtschaftshilfen punktuell notwendig sind und mahnen auch hier bestehende Defizite an: „Die bereits zugesagten Hilfen müssen nun zügig ausbezahlt werden.“ Zuletzt hatte das Land

im November mit einer Aufstockung der Novemberhilfen auf 80 Prozent für Verwirrung gesorgt. „Solche Ankündigungen, noch dazu, wenn sie 30 Millionen Euro kosten würden und danach nicht einlösbar sind, müssen aus unserer Sicht unterbleiben. Das Bild einer planvollen und zuverlässigen Regierungsarbeit nimmt dadurch Schaden.“ Darüber hinaus erneuern wir unsere Aufforderung, parallel zu den kurzfristig notwendigen – und auf Kredit finanzierten Maßnahmen – langfristig den Aufbau alternativer, zukunfts-fester Branchen deutlich in den Vordergrund zu stellen. Der gesunde Mittelstand dürfe nicht dadurch gefährdet werden, dass Einzelbranchen in Schieflage geraten und schuldenfinanzierte enorme Landesmittel binden. „Es sind oft die zukunftsweisenden, strategischen Konzepte etwa für die Werften, die wir hinter den Entscheidungen der Landesregierung vermissen“, bekräftigt Diana Behr.

Auch weitere Themen wie die Neuordnung der Grundsteuer wollen wir nicht aus dem Auge verlieren. Die Landesregierung muss sich für das einfache und praktikable Flächenmodell entscheiden. Sonst drohen den Bürgern höhere Belastungen.

[presse@steuerzahler-mv.de](mailto:presse@steuerzahler-mv.de)

## Schweriner Steuerforum 2020

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie beschäftigen Unternehmen wie Privatpersonen. Viele Fragen stellen sich nun rund um das „Steuerrecht in Krisenzeiten“. So lautete auch das Thema des „Schweriner Steuerforums“, zu dem die IHK zu Schwerin und der BdSt M-V e.V. am 15.12.2020 eingeladen hatten. Pandemiebedingt fand die Veranstaltung virtuell statt.

Dr. Rainer Kambeck, Bereichsleiter Wirtschafts- und Finanzpolitik und Mittelstand beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag e.V. erläuterte, welche steuerlichen Maßnahmen die Bundesregierung in Krisenzeiten ergriffen hat, um die Wirtschaft zu unterstützen. Dabei schaute er auch auf die gesamte aktuelle Legislaturperiode: Welche Vorhaben konnten umgesetzt werden? Welche Punkte sind offen?

Reiner Holznagel, Präsident des Bundes der Steuerzahler Deutschland forderte, die Liquidität der Unternehmen zu verbessern und einen Verlustrücktrag über mehrere Jahre zu ermöglichen. Beschäftigte sollten eine bessere steuerliche Anerkennung der Kosten für das Homeoffice erhalten. Um Wirtschaft und Bürger zu entlasten, drang er nachdrücklich auf die Abschaffung des Solidaritätszuschlags: „Dies sollte sogar rückwirkend zum 1. Januar 2020 der Fall sein, denn es ist indiskutabel, dass selbst Durchschnittsverdiener knapp unter dem Spitzensteuersatz liegen.“ Nötig sei eine grundlegende Reform der Einkommen- und Körperschaftsteuer, um nach der Krise international konkurrenzfähig zu bleiben.

**Diana Behr**  
[presse@steuerzahler-mv.de](mailto:presse@steuerzahler-mv.de)



# Unsere Rubrik: **Drei Fragen an Siegbert Eisenach**

*Schweriner IHK-Hauptgeschäftsführer in großer Sorge um die Innenstädte*

**Herr Eisenach, fast ein Jahr nach Beginn der Pandemie: Welche Wirtschaftszweige sind stärker betroffen, welche weniger, wer profitiert?**

Von Profiteuren mag man in solch einer Pandemie mit ihren schweren Auswirkungen auf alle Wirtschaftsbereiche und das Leben der Menschen nicht sprechen. Es gibt aber durchaus Wirtschaftsbereiche, wie zum Beispiel die Ernährungswirtschaft in Westmecklenburg, die bisher überwiegend wirtschaftlich gut durch diese Pandemie kommen. Besonders negativ betroffene Wirtschaftsbereiche sind Unternehmen, deren Geschäftsmodell mit Veranstaltungen, Festen, Messen und Events in Verbindung steht. Außerdem die Reisewirtschaft, das Gastgewerbe und aktuell auch ganz besonders der stationäre Einzelhandel.

**Kürzlich machten Sie auf die spezifischen Probleme des Einzelhandels durch die pandemiebedingten Schließungen aufmerksam. Welche sind das?**

Die erneuten Schließungen haben den Einzelhandel mitten im sehr wichtigen Weihnachtsgeschäft getroffen. In dieser Zeit machen viele Händler ihre Hauptumsätze. Hinzu kommt: Viele bleiben jetzt auf ihrer Winterware sitzen und müssen gleichzeitig die bereits langfristig vorbestellten Frühjahrswaren finanzieren. Diese spezifische

Situation haben die Wirtschaftshilfen bisher nicht berücksichtigt. Das soll nun geändert werden. Wir machen uns darüber hinaus auch strukturelle Sorgen um unsere Innenstädte. Denn der stationäre Einzelhandel hatte bereits vor der Corona-Pandemie mit der starken Konkurrenz des Onlinehandels zu kämpfen. Das hat sich nun nochmals verstärkt. Wir versuchen gemeinsam mit unseren Partnern im Dialogforum Einzelhandel MV den Unternehmen beim Strukturwandel zu helfen, damit die Innenstädte weiter attraktiv und lebenswert bleiben. Aus diesem Grund unterstützen wir Initiativen, wie zum Beispiel die Kampagne „Ein Kauf mit Herz“, und starten im April auch wieder unseren IHK-Wettbewerb „Erfolgsraum Altstadt Westmecklenburg“.

**Welche Erwartungen hat die Wirtschaft für 2021 an die Politik?**

Die Vollversammlung der IHK zu Schwerin, unser regionales Parlament der Wirtschaft, hat mit Blick auf die Landtagswahl 2021 100 Forderungen formuliert. Das ist ein breites Spektrum, wobei die Schwerpunkte auf den folgenden Themen liegen: Eine aktive Regional- und Landesentwicklung inklusive der stärkeren Vermarktung des Wirtschaftsstandorts, Fachkräftesicherung, mehr grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei Forschung, Entwicklung und



Siegbert Eisenach  
© FBBC

Innovation, Potenziale der überregionalen Partnerschaften insbesondere in der Metropolregion Hamburg und Norddeutschland nutzen, eine leistungsfähige (digitale) Infrastruktur, attraktive Mobilitätsangebote und eine effiziente Verwaltung, die digital gut aufgestellt ist. Wichtig ist den Unternehmen zudem, dass unsere Landesregierung die wirtschaftlichen Chancen erschließt, die sich aus einer langfristig dekarbonisierten Wirtschaftsweise ergeben. Das ausführliche Forderungspapier finden Sie auf unserer Internetseite. Wir stellen es auf Anfrage auch gern als Printversion zur Verfügung.



## Kostenfreie Nutzung

### *Schlossgastronomie zum Nulltarif*

Das Schweriner Schloss ist nicht nur Sitz des Landtages, sondern auch Standort für die Schlossgastronomie. Eine landtageeigene GmbH betreibt neben einer Abgeordnetenkantinen auch Café und Restaurant in der Orangerie. Dieses Angebot auf Kosten der Steuerzahler hat es in das Schwarzbuch 2020 geschafft.

Zu Recht, wie sich nun erneut zeigt: Auch die Schlossgastronomie leidet unter der Pandemie, wenn auch auf vergleichsweise hohem Niveau. Steht doch der Landtag als solventer Eigner parat. Der wiederum scheint sich in Café und Orangerie so zu Hause zu fühlen, dass bei einer Nutzung durch die Gremien des Landtages kein Geld geflossen ist. Auch die Staatskanzlei und andere Ministerien nutzten laut Bericht der Geschäftsführung die Schlossgastronomie kostenfrei. Der Landtag begründet die Nutzung mit dem Raumbedarf durch die Pandemie. Eine Tageszeitung hatte diesen Bericht öffentlich gemacht.

[presse@steuerzahler-mv.de](mailto:presse@steuerzahler-mv.de)

# Blick durch den Norden



Erst kam Corona und dann kam der Schnee. So schlimm wie vor über 30 Jahren im Katastrophenwinter wurde es letztlich nicht, aber kalt. Die Menschen in Norddeutschland aber nahmen die Witterung, wie sie eigentlich fast immer sind: gelassen. Ganz ähnlich gehen die Menschen mit dem Virus um und der Pandemie. Dass Hamburg dabei teilweise mit besseren Zahlen aufwarten konnte als das benachbarte Schleswig-Holstein, war den Zeitungen zwar eine Erwähnung wert. Aber es fehlte – glücklicherweise – an Triumphgeheul und Schuldzuweisungen. Tatsächlich tappt die Politik mindestens teilweise im Dunkeln, wenn es um Gründe dafür geht, warum sich Hotspots bilden oder auch nicht. Weswegen es hier bei der bloßen Feststellung bleibt, dass der Norden zwar auch nicht gut, aber doch besser durch die Pandemiezeit kommt als andere Teile der Republik. Klar: Wo die Inzidenz (was wir doch für sperrige Worte gelernt haben!) sinkt, wachsen die Begehrlichkeiten. Mit der Familie

essen gehen, einen Einkaufsbummel machen, ein verlängertes Wochenende am Strand, es gibt eine Menge Ideen, aber immer noch keine Entwarnung. Bleibt zu hoffen, dass die Impfdosen nicht länger auf sich warten lassen, dass die Zahl der Impfwilligen stabil bleibt und die Impfung wirkt. Die Pandemie hat uns (noch) fest im Griff und das wird sich auch nur ändern, wenn wir Ruhe bewahren und uns pieksen lassen. Und was nun die im Bundesvergleich eher niedrigen Ansteckungszahlen angeht, so hilft hier nicht Einbildung, aber ein Blick auf die Karte weiter. Wer in seiner Nachbarschaft so viel Wasser hat wie der Norden, der hat Glück im Unglück. Und ehrlicherweise muss hinzugefügt werden: Nord- und Ostsee gibt es schon weitaus länger als uns Menschen. Klar ist: Es wird weitere vielstimmige Konferenzen in Berlin geben, ehe die Krise überwunden ist. Manchmal wundert man sich, dass zumindest Anfang Februar die Ansteckungszahlen zurückgingen trotz der

anhaltenden Diskussionen unserer sogenannten Spitzenpolitiker über den richtigen Weg im Umgang mit Viren. Und die Tatsache, dass in diesem Jahr sowohl in verschiedenen Ländern wie auf Bundesebene gewählt wird, hat die Streitereien eher noch angefacht. Es ist wirklich erstaunlich, wie sehr die Angst vor Machtverlust oder auch die Gier nach Macht die Zunge lösen kann und zu Ankündigungen führt, die wider die Vernunft sind. Hinzu kommt ein regelrechter Flickenteppich etwa in der Schulpolitik. Natürlich begründen die Spitzenpolitiker aller Parteien, ihnen gehe es nur um das Wohl der Kinder. Tatsächlich bleibt ein fader Beigeschmack, denn zuweilen drängt sich der Eindruck auf, hier werde entschieden vor allem unter dem Gesichtspunkt, was gerade gut ankommen könnte. Das Grundproblem dabei: Die Politiker unterschätzen die Fähigkeit der Menschen, sich ihren eigenen Reim zu machen auf das Durcheinander, auf unterschiedliche Entscheidungen je nach Bundesland. Vor allem aber: Es macht keinen Sinn, die getroffenen Entscheidungen alle Nase lang zu ändern und (mit Vorliebe freitagnachmittags) die Schulen und also die Lehrer mit neuen Anweisungen und Konzepten zu überraschen, deren Halbwertszeit oft weit aus geringer ist als der Brustton der Überzeugung, mit denen sie verkündet werden.

## Impressum

**Herausgeber:** Bund der Steuerzahler Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern

**Redaktion:** BdSt Schleswig-Holstein, Rainer Kersten, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel, Tel. 0431/99 01 65-0, Fax 99 01 65-11, [www.nord-kurier.de](http://www.nord-kurier.de), E-Mail: [info@nord-kurier.de](mailto:info@nord-kurier.de)

**Verlag:** BdSt Steuerzahler Service GmbH, Haus der Bundespressekonferenz, Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin

**Verantwortlich:** Schleswig-Holstein: Roger H. Müller, Rainer Kersten; Hamburg: Sascha Mummenhoff, Angela Sundermann; Mecklenburg-Vorpommern: Diana Behr

**Erscheinungsweise:** 9 x jährlich  
**Auflage:** 21.000, 50. Jahrg., 3/2021

**Anzeigenverwaltung:** Nord-Kurier Verlag und Werbegesellschaft mbH, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel

**Konzeption & Gestaltung:** J. Holz, [www.diegestalten.com](http://www.diegestalten.com), Mainz

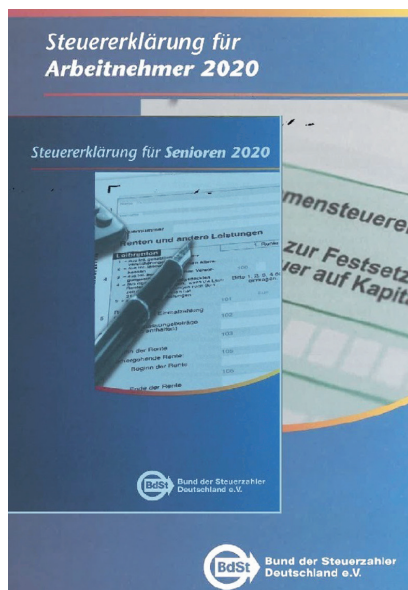
**Satz:** LINE Media Agentur, [info@linemedia.de](mailto:info@linemedia.de), 04334/18 91 18

**Druck & Versand:** Dierichs Druck Media GmbH & Co KG, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel

## Steuererklärung 2020



Der aktuelle Ratgeber „Steuererklärung Antragsveranlagung 2020“ kann ab sofort beim Nord-Kurier angefordert werden. Wieder gibt es zwei unterschiedliche Versionen für Arbeitnehmer und Rentenbezieher.



Die Broschüre richtet sich an Privatpersonen, die eine Steuererklärung abgeben müssen oder wollen. Besonders wertvoll ist die Ausgabe „Senioren“ für alle steuerpflichtigen Rentenbezieher. Die Broschüre kann gegen eine Schutzgebühr von 2,50 Euro (inklusive Mehrwertsteuer und Versand) angefordert werden beim

**NORD-KURIER**  
**Verlag und Werbe GmbH**  
Lornsenstraße 48, 24105 Kiel  
Tel. 04 31/99 01 65-0  
Fax 04 31/99 01 65-11  
Mail: [schleswig-holstein@steuerzahler.de](mailto:schleswig-holstein@steuerzahler.de)

Mit der Broschüre erhalten Sie eine Rechnung.  
Bitte geben Sie an, welche Broschüre Sie benötigen.